

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 22. Februar 2002, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

- Anwesenheit:**
- SPD:** Aab, Acker, Becker, Brahms, Chatzievgeniou, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schröter, Schüren, Schulze-Stampe, Sell, Severin, Spies, Dr. Weinbach;
- CDU:** Dersch, Gottschlich, Heck, Heubel, Jakobi, Kaufmann, Kiesel, Lohse, Oppermann, Pötter, Rehlich, Rising Hintz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Dr. Wulff;
- GRÜNE:** Dr. Baumann, Giede, Göttling, Lakner, Laßmann, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Schneider;
- PDS/ML:** Gottschaldt, Köster-Sollwedel, Metz;
- BfM:** Faecks, Schwindack, Zaun;
- F.D.P.:** Röllmann, Schwebel, Wüst;
- MBL:** Dr. Huesmann;

**vom Magistrat:**

Oberbürgermeister Möller,  
Bürgermeister Vaupel,  
Stadtrat Dr. Kahle;

**vom ehrenamtlichen Magistrat:**

Stadtrat Biver,  
Stadträtin Dinnebier,  
Stadträtin Schultheiß,  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,  
Stadtrat Sprywald,  
Stadtrat Wehrum;

**es fehlen entschuldigt:**

Usinger – CDU –, Kolter – PDS –, Ludwig – MBL –, Stadträtin Amend-Wegmann;

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt, das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgebracht.

Der Stadtverordnetenvorsteher geht auf den weiteren Verlauf der Sitzung ein. Für die Durchführung der Haushaltsberatung hat der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung folgende Redezeiten vereinbart:

SPD	45 Minuten
CDU	40 Minuten
Bündnis 90/Die Grünen	30 Minuten
PDS/ML	21 Minuten
BfM	20 Minuten
FDP	20 Minuten
MBL	18 Minuten

Diese Redezeiten ergeben sich aus einem Sockelbetrag von 15 Minuten pro Fraktion und weiteren 1,5 Minuten pro Fraktionsmitglied.

Der Stadtverordnete Schüren stellt den Geschäftsordnungsantrag, diese vom Ältestenrat vorgeschlagenen Redezeiten durch Beschluss zu manifestieren.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS und der Zählgemeinschaft aus BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

#### **Die o. g. Redezeiten für die Haushaltsberatung werden beschlossen.**

Weiterhin empfiehlt der Stadtverordnetenvorsteher den Fraktionen, die Zahl der gewünschten Einzelabstimmungen über die Fraktionsanträge zum Haushalt zu reduzieren, da diese Anträge bereits im Haupt- und Finanzausschuss besonders abgestimmt wurden.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Januar 2002 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Aus dem Hause werden keine Änderungswünsche vorgebracht. Somit gilt das Protokoll in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

**zu 3      Ergänzungen der Tagesordnung**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

**zu 4      Fragestunde**

**zu 4.1    Kleine Anfrage des Stadtverordneten Norbert Schüren (Nr.1 2/02)  
Vorlage: VO/0093/2002**

Wer vertritt die Stadt Marburg im Kuratorium des Hauses der Romantik?

Es antwortet der Bürgermeister.

§ 8 des Vertrages der Stadt Marburg mit dem Verein Haus der Romantik Marburg e. V. und der Brüder-Grimm-Gesellschaft e. V. (Kassel) sieht ein „Kuratorium“ vor, das die Aufgaben des Vereins nach § 4, Satz 3, wahrnimmt. Diesem „Kuratorium“ gehören an ein Repräsentant jedes Gesellschafters (Stadt, Verein, Grimm-Gesellschaft) und als Sachverständiger ein Repräsentant der Philipps-Universität Marburg. Dieses Gremium wurde in „Beirat“ umbenannt, da es bereits ein Gremium dieses Namens im Verein Haus der Romantik gibt, das die „operative“ kulturelle Arbeit erledigt. Dem neuen Beirat gehören laut Auskunft des Vereins folgende Personen an:

Oberbürgermeister Dietrich Möller (Stadt Marburg)  
Dr. Gerhard Pätzold (Verein Haus der Romantik)  
Dr. Rotraut Fischer (Brüder Grimm-Gesellschaft e. V.)  
PD Dr. Marita Metz-Becker (Philipps-Universität)

**zu 4.2    Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.2 2/02)  
Vorlage: VO/0094/2002**

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob vorgesehen ist, vor dem Neubau Woge/Alge am Trojedamm Bäume zu fällen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Dem Amt für Stadtentwicklung und städtebauliche Planungen sowie dem Sanierungsbüro sind keine Informationen einer möglichen Baumfällung am Trojedamm bekannt. Die Verbreiterung der Dammkrone samt neu gestaltetem Fuß- und Radweg geht flächenmäßig zu Lasten der Lahn abgewandten Seite.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die gleichlautende Stellungnahme des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Naturschutz in der örtlichen Presse Ende des vergangenen Jahres.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Oppermann - CDU - und Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister und Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.3** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.3 2/02)**  
**Vorlage: VO/0095/2002**

Welche Menge Streusalz wurde in diesem Winter im Vergleich zum Vorjahr bisher gestreut? In welchem Verhältnis wurden Split und Salz gemischt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

In der Winterdienstperiode 2000/2001 (Zeitraum vom 01.11.00 bis 31.03.01) wurden vom Dienstleistungsbetrieb ca. 1.015 to Trockensalz, 126.000 ltr. Feuchtsalz (30%iges Magnesiumchlorid-Konzentrat) und 380 to Edelsplitt (Körnung 2/5) im Rahmen der auszuführenden Winterdienstarbeiten an abstumpfenden bzw. auf-tauenden Streustoffen ausgebracht.

In der Winterdienstperiode 2001/2002 (vom 01.11.01 bis heute) wurden ca. 1.060 to Trockensalz, 108.000 ltr. Feuchtsalz und 295 to Edelsplitt zur Erledigung der Winterdienstarbeiten benötigt.

Splitt-/Salzgemische werden vom Dienstleistungsbetrieb nach Bedarf vorwiegend für die Betreuung des Radwegenetzes sowie für die Gehweg- und Fußgängerüberwegstreuung in einem Mischungsverhältnis von 3 Anteilen Splitt und 1 Anteil Salz in Einsatz gebracht. Ansonsten wird in diesen Bereichen ausschließlich abstumpfende Materialien eingesetzt.

Sofern abstumpfende Materialien im Straßenstreudienst je nach Wetterlage einsetzbar sind, trägt das Mischungsverhältnis 2 Anteile Splitt und 5 Anteile Salz.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lakner und Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen - sowie Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.4 2/02)**  
**Vorlage: VO/0096/2002**

Wie ausgedehnt sind zu verschiedenen Tageszeiten die Wartezeiten für FußgängerInnen an den zentralen Querungshilfen im Übergang zur Oberstadt zwischen Marburg-Mitte und dem Lahncenter bzw. der Gutenbergstraße und der Oberen Gutenbergstraße?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Wartezeiten an Lichtsignalanlagen (LSA) auf die Sekunde genau zu bestimmen, ist seit der Einführung der ÖPNV-Beschleunigung im Stadtgebiet Marburg nicht mehr möglich.

Die Regel ist jedoch, dass die Fußgänger ein Mal in jedem Umlauf (Umlauf = 90 Sek.) ihr Grün bekommen.

Im Normalfall warten Fußgänger an der LSA Universitätsstraße/Gutenbergstraße ca. 80 Sekunden. Am Rudolphsplatz mit Halt auf der Mittelinsel in Richtung Marburger Bank ca. 105 Sekunden und aus Richtung Marburger Bank in Richtung Lahntor ca. 140 Sekunden. Diese längere Zeit ist bedingt durch die unterschiedlichen Freigabezeiten, die aber nicht zu ändern waren, weil sonst ca. 30 % Leistungsverlust an der LSA mit erheblichen Staus in allen Richtungen entstanden wäre. Dieser Übergang war als Lösung der Probleme für Rollstuhlfahrer und Müt-

ter mit Kinderwagen gedacht, die die Unterführung am Rudolphsplatz schlecht oder gar nicht benutzen konnten.

Am Übergang an der LSA Biegenstraße/Pilgrimstein wartet der Fußgänger ca. 80 Sekunden und am neuen Kino/Lahn-Center ca. 78 Sekunden von Grün-Ende Fußgänger bis Grün-Anfang Fußgänger.

Diese Wartezeiten können durch den Eingriff der Busse noch verkürzt aber auch verlängert werden.

Für Schwach-Verkehrszeiten schaltet der Verkehrsrechner je nach Bedarf (dies ist in der Regel von abends ca. 21.00 Uhr bis morgens ca. 06.45 Uhr und an Sonn- und Feiertagen) ein Kurzprogramm von 66 Sekunden pro Umlauf ein. Hierfür mussten teilweise auch die Fußgänger-Grünzeiten etwas gekürzt werden, wobei aber die Wartezeiten für die Fußgänger wesentlich kürzer sind als beim 90-Sekunden-Umlauf.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.5 2/02)**  
**Vorlage: VO/0097/2002**

Muss der Magistrat die Beobachtung von dort Beschäftigten bestätigen, dass es in der Robert-Koch-Straße auf der Höhe Behördenzentrum in den letzten Jahren zu mehreren Unfällen kam, von denen abbiegende Fahrradfahrer betroffen waren und worauf führt er dies gegebenenfalls zurück?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Nein.

Derartige Unfälle sind bei der Straßenverkehrsbehörde nicht bekannt.

Bei der Polizei ist in den Jahren 1999 bis 2001 ein Unfall mit Radfahrerbeteiligung in der Robert-Koch-Straße registriert, allerdings im Längsverkehr und nicht mit einem abbiegenden Radfahrer.

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising-Hintz (Nr.6 2/02)**  
**Vorlage: VO/0098/2002**

Welche Kosten entstanden für die von der soziokulturellen Szene zusammen mit dem Institut für Kulturpolitik durchgeführte(n) Besichtigungsreise(n)? Aus welcher Haushaltsstelle wurde(n) sie finanziert? Werden weitere solche Reisen stattfinden?

Es antwortet der Bürgermeister.

Vom Kulturforum, dem Zusammenschluss aller Marburger Kulturträger, wurde per Umfrage der Bedarf einer sogenannten 300-er-Halle festgestellt. Darunter wird eine robuste Mehrzweckhalle mit 300 bestuhnten Plätzen verstanden. Eine mögliche Realisierung eines solchen Bauprojektes setzt eine klare Konzeption voraus. Diese muss Nutzungsprofil, Ausstattung, Trägerschaft und Kosten bestimmen. Von einer neu gegründeten AG Räume, bestehend vornehmlich aus Mitarbeitern soziokultureller Zentren und dem Kulturamt, wurde deshalb die Besichtigung ei-

ner funktionierenden 300-er-Halle vereinbart. Das Institut für Kulturpolitik in Bonn war in keiner Weise an dieser Reise beteiligt.

Die AG Räume fuhr am 20.6.2001 mit insgesamt elf Personen von KFZ, Trauma, Waggonhalle, Theater GegenStand, Medienwerkstatt Abraxas und Kulturamt zum Kulturzentrum E-Werk in Erlangen, besichtigte die Halle und hatte die Gelegenheit zu mehrstündigen Gesprächen mit den Betreibern dieses Kulturzentrums, in denen Kosten und Rahmenbedingungen einer solchen Halle erörtert wurden.

Die Gruppenfahrt wurde mit insgesamt 1.197,00 DM aus der Haushaltsstelle 2.3300.987920.2 gefördert. Diese Haushaltsstelle umfasst u. a. Konzeptionierungs-, Vorbereitungs- und Planungskosten für eine 300-er-Halle und das Café Trauma.

Weitere Gruppenfahrten sind denkbar. Voraussetzung ist eine Bestimmung der Fragestellungen, unter denen diese stehen sollen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rising-Hintz - CDU - und Laßmann - Bündnis 90/Die Grünen - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.7      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr.7 2/02)**  
**Vorlage: VO/0099/2002**

Welche Kenntnisse hat der Magistrat über die Unfallhäufigkeit, -schwere und -ursachen auf der L3092 (Marburg-Caldern) – insbesondere im Bereich Abfahrt „Görzhäuser Hof – Michelbach“? Gibt es Überlegungen wie dieser Unfallschwerpunkt zu entschärfen ist (Kreisverkehr)?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Seit 1997 ereignete sich auf der L 3092 im Bereich der Abfahrt Görzhäuser Hof-Michelbach jährlich jeweils 1 Unfall. Bei diesen Unfällen wurden keine Personen verletzt. Die beiden letzten Unfälle im Jahr 2000 und 2001 waren Wildunfälle.

Für den Unfall am 25. Januar sind nicht die örtlichen Gegebenheiten und die vorhandene Beschilderung und Markierung ausschlaggebend.

Diese Einmündung ist keine Unfallschwerpunkt. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit ist auf 80 km/h beschränkt. Es bestehen ausreichende Sichtverhältnisse.

Die Antwort ergeht im Einvernehmen mit der Schutzpolizei.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Wüst - FDP - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.8      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising-Hintz (Nr.8 2/02)**  
**Vorlage: VO/0100/2002**

Aus welcher Haushaltsstelle werden die vom Magistrat der Stadt in Auftrag gegebenen Expertisen zu „300er-Halle“ finanziert?

Es antwortet der Bürgermeister.

Vom Kulturforum, dem Zusammenschluss aller Marburger Kulturträger, wurde per

Umfrage der Bedarf einer sogenannten 300-er-Halle festgestellt. Darunter wird eine robuste Mehrzweckhalle mit 300 bestuhlten Plätzen verstanden. Zur näheren Klärung von Bedarf, Konzeption und Trägerschaft wurde angesichts der Tragweite einer möglichen Investitionsentscheidung neben der Gründung einer AG Räume aus Vertretern Marburger Kulturträger ein unabhängiges überregionales Institut beauftragt. Der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn/Berlin, überparteilicher bundesweiter Zusammenschluss von Kulturpolitikern und Kulturakteuren, ist das wissenschaftliche Institut für Kulturpolitik angeschlossen. Dieses renommierte Institut wurde Ende November 2001 mit zwei aufeinander aufbauenden Expertisen beauftragt:

1. Eine Expertise zur sog. 300-er-Halle klärt und erkundet Bedarf, Konzept und Trägerschaft einer möglichen 300-er-Halle sowie räumliche Problemlösungen im Bereich Soziokultur. Diese Expertise wurde mit 22.042 DM aus der Haushaltsstelle „Vorbereitung von Baumaßnahmen“ 2.6010.940000.9 bezahlt.
2. Diese Expertise baut auf einer Expertise zur Zukunft Marburger Soziokultur beim selben Institut auf. Diese zweite Expertise bestimmt künftige kulturelle Praxisfelder von Soziokultur wie Medien, Interkultur, kulturelle Zusammenarbeit Stadt und Universität sowie Kulturwirtschaft. Räumliche Investitionsentscheidungen setzen eine langfristige inhaltliche Klärung möglicher künftiger Nutzungen voraus. Diese inhaltlichen Klärungen gehen weit über den Bau einer 300-er-Halle und andere räumliche Entscheidungen hinaus. Deshalb kann sie nicht aus der genannten Haushaltsstelle finanziert werden. Diese zweite Expertise wurde mit 13.161 DM aus der Haushaltsstelle „Allgemeine Kulturförderung“ 1.3400.717600.3. bezahlt.

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Bernd Röllmann (Nr.9 2/02)**  
**Vorlage: VO/0101/2002**

Wie lange dauert üblicherweise der Verwaltungsvorgang der Einbürgerung eines EU-Ausländers, wenn alle formellen und materiellen Voraussetzungen erfüllt sind, und der Verwaltung auch alle notwendigen Unterlagen vorliegen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Bei der Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen von Ausländer/-innen wird grundsätzlich nicht unterschieden nach Personen aus der EU einerseits und nicht-EU andererseits.

Wenn ein(e) Einbürgerungsbewerber/-in mit dem Antrag ausreichende Nachweise zu allen Einbürgerungsvoraussetzungen vorlegt, wird der Antragsvorgang nach Rücklauf der Anfragen an andere Behörden der Einbürgerungsbehörde, dem Regierungspräsidium Gießen zur weiteren Bearbeitung und Entscheidung vorgelegt. Hierfür ist von einem Zeitraum von ca. 2 Monaten auszugehen.

Die Bearbeitungsdauer beim PR schwankt erheblich. Der Zeitraum bis zu einer Entscheidung liegt zwischen knapp 3 Monaten und deutlich über einem Jahr. Über die Gründe kann nur das Regierungspräsidium selbst Auskunft geben. Ist von dort eine positive Entscheidung getroffen, wird die Einbürgerungsurkunde nach Eingang der Gebühr beim Regierungspräsidium zur Aushändigung an uns übersandt. Erst durch die Aushändigung der Urkunde wird die deutsche Staatsangehörigkeit erworben und daraufhin kann ein Personalausweis beantragt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rising-Hintz - CDU -, Röllmann - FDP - und Chatzievgeniou - SPD - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr.10 2/02)**  
**Vorlage: VO/0102/2002**

Wie ist der Sachstand bezüglich der seit vielen Jahren in Aussicht genommenen Erweiterung des Parkdecks auf dem Gelände des pharmazeutischen Instituts?

Es antwortet der Bürgermeister.

Eine Erweiterung des Parkdecks war bisher nicht beabsichtigt. In Diskussion befand sich vielmehr vor einigen Jahren die Überlegung, das Parkdeck des pharmazeutischen Instituts an Wochenenden und Abends dem öffentlichen ruhenden Verkehr zur Verfügung zu stellen.

Diese Überlegungen sollen im Zusammenhang mit Gestaltungsvorschlägen für den Bereich Ketzertbach aus dem Verkehrsentwicklungsplan wieder aufgegriffen werden.

zu **4.11** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.11 2/02)**  
**Vorlage: VO/0103/2002**

Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat der Stadt Marburg zu ergreifen um die Ordnung auf dem Gelände der Gedenkstätte in der Universitätsstraße (ehemalige Synagoge) nachhaltig zu verbessern?

Da sich der Fragesteller nicht im Raum befindet wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Zuständig ist der Oberbürgermeister.

Das Gelände befindet sich im Eigentum der Universität / Jüdische Gemeinde.

Regelungen für den Aufenthalt und die Sauberhaltung sind nur im Rahmen des Hausrechtes durch den Eigentümer möglich.

Für eigenständige Maßnahmen des Magistrates fehlen die Rechtsgrundlagen.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.12 2/02)**  
**Vorlage: VO/0109/2002**

Besteht die Möglichkeit, bei den Straßen-Erneuerungsarbeiten in der Oberstadt (Ritterstraße, Wendelsgasse u. a.) auch das Gehrengässchen und den Aufgang zur Kugelkirche St. Johannes einzubeziehen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Erneuerung von Kugeltreppe und Gehrengäßchen ist für dieses Jahr vorgesehen. Die Ausführung soll in der 2. Jahreshälfte erfolgen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel - FDP - und Gottschlich - CDU - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.13** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.13 2/02)**  
**Vorlage: VO/0110/2002**

Wann wird die Öffentlichkeit durch Hinweisschilder und Erläuterungstafeln darüber informiert, dass sich unter dem Glaskubus am Schlosssteig die Reste der mittelalterlichen Synagoge befinden?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Texttafeln werden zurzeit hergestellt. Die Montage ist vorgesehen am 14. März 2002.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel - FDP - und Schulze-Stampe - SPD - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.14** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.14 2/02)**  
**Vorlage: VO/0111/2002**

Ist vorgesehen, dass auf dem Dach des neuen Niedrigenergiebades eine Photovoltaik-Anlage installiert werden kann und wenn ja, werden dafür die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen?

Da sich die Fragestellerin nicht im Raum befindet wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Zuständig ist der Bürgermeister.

Im Rahmen des Bad-Projektes werden Solarkollektoren und Absorber für die Wasser-Erwärmung errichtet. Darüber hinaus werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um PV-Elemente - beispielsweise durch eine Betreiber-gesellschaft - nachrüsten zu können.

zu **4.15** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Frederic Schwindack (Nr.15 2/02)**  
**Vorlage: VO/0115/2002**

In welcher Form, in welchen Abständen und ggf. mit welchen Sanktionen soll in der Sommersaison 2002 die Einhaltung bzw. (wiederholte) Nichteinhaltung der für die Freisitze der Marburger Lokale und Gaststätten geltenden Sperrzeiten überprüft und durchgesetzt werden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Kontrollen werden in unregelmäßigen Abständen durch Mitarbeiter/Innen des Ordnungsamtes durchgeführt. Soweit konkrete Beschwerden durch Anwohner vorgetragen werden, wird der Sachverhalt umgehend überprüft.

Bei festgestellten Verstößen wird ein Ordnungswidrigkeitenverfahren (Bußgeld) eingeleitet.

zu **4.16** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Frederic Schwindack (Nr.16 2/02)**  
**Vorlage: VO/0113/2002**

Ist die Wiederanbringung des dringend erforderlichen Spiegels gegenüber der Abbiegung Untergasse-Hirschberg/Reitgasse zur Einsicht des aus der Untergasse in Richtung Lahntor und Hirschberg/Reitgasse abfließenden Verkehrs vorgesehen; wenn ja, wann, falls nicht, warum nicht ?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der Spiegel wurde im Rahmen der Umgestaltung der Reitgasse im Herbst 2000 entfernt.

Der gesamte Bereich ist als 30 km/h-Zone beschildert. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten werden dort keine hohen Geschwindigkeiten gefahren. Die Verkehrsteilnehmer aus Richtung Reitgasse müssen sich langsam in den Verkehr in Richtung Untergasse hineintasten. Dabei sind die Sichtverhältnisse ausreichend. Die Verkehrssicherheit ist gewährleistet.

Da seit dieser Zeit keine Probleme bekannt geworden und Unfälle bei der Polizei nicht registriert sind, ist die Wiederanbringung des Spiegels nicht vorgesehen.

zu **4.17** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.17 2/02)**  
**Vorlage: VO/0116/2002**

Wann können die Mieter/Innen der Häuser im unteren Ginseldorfer Weg damit rechnen, dass die ihnen versprochene Modernisierung der Heizungsanlage durchgeführt wird?

Es antwortet der Bürgermeister.

Der Magistrat der Stadt Marburg hat die Häuser im unteren Ginseldorfer Weg, mit Ausnahme des Hauses Ginseldorfer Weg 18, für das ein Erbbaurecht bestellt wurde, mit Wirkung zum 01.07.2001 an die GeWoBau veräußert.

Laut GeWoBau hat man bei den betroffenen Mietern schriftlich angefragt, ob sie mit dem Einbau von Heizungen einverstanden sind. Die Mehrheit der Mieter hat dem geplanten Vorhaben zugestimmt. Geplanter Baubeginn ist aus Sicht der GeWoBau der 1. Mai bzw. 1. Juni 2002.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.18 2/02)**  
**Vorlage: VO/0117/2002**

Wieviel Sozialhilfeempfänger/Innen der Stadt Marburg sind seit dem Jahr 1999 über Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit aus der Sozialhilfe „ausgestiegen" ?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

In dem angefragten Zeitraum wurden folgende Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit gem. §§ 18 ff Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom Sozialamt bewilligt:

1999 = 267 Maßnahmen, davon 56 Kombimaßnahmen

2000 = 295 Maßnahmen, davon 45 Kombimaßnahmen  
2001 = 254 Maßnahmen, davon 27 Kombimaßnahmen

Eine Erfolgsstatistik darüber, wer nach Ablauf des Maßnahmenzeitraumes wieder in die Sozialhilfe zurückfällt, wird nicht geführt. Es ist davon auszugehen, dass der überwiegende Anteil der Maßnahmeabsolventen auf Dauer aus dem Sozialhilfebezug ausgeschieden ist, da die Lohnersatzleistungen nach dem Sozialgesetzbuch III bei gleichzeitiger Gewährung von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes selbst bei keiner erfolgten Anschlussbeschäftigung ausreichen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Faecks - BfM - wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 5 **Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2001 bis 2005, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2002 - 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/0121/2002**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt der Stadt Marburg in mehreren Sitzungen beraten. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Beschlussfassung des Investitionsprogrammes und der Haushaltssatzung für die Stadt Marburg. Aussprache wurde angemeldet.

Folgende Redezeiten stehen zur Verfügung:

SPD	45 Minuten
CDU	40 Minuten
Bündnis 90/Die Grünen	30 Minuten
PDS/ML	21 Minuten
BfM	20 Minuten
FDP	20 Minuten
MBL	18 Minuten

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, die Redner und Rednerinnen wie üblich in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen aufzurufen. Dagegen wird nicht gesprochen.

Der Stadtverordnetenversammlung liegen folgende Beratungsunterlagen als Tischvorlage vor:

1. Zusammenstellung der Anträge zum Haushalt 2002, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden (Liste I).
2. Zusammenstellung der Anträge zum Haushalt 2002, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen wurden (Liste II).

3. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Februar 2002.
4. Gesamtvorlage zum Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahr 2001 – 2005, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2002

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Zunächst spricht Oberbürgermeister Möller als Kämmerer.

Danach sprechen im Rahmen der Haushaltsdebatte die Stadtverordneten Schüren - SPD -, Rehlich - CDU -, Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -, Köster - PDS/ML -, Faecks - BfM -, Röllmann - FDP -, Dr. Huesmann - MBL -, Dr. Weinbach - SPD -, Dr. Wulff - CDU -, Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -, Gottschaldt - PDS/ML - und Schwebel - FDP -.

Während der Haushaltsberatung hat von 18:12 Uhr bis 18:15 Uhr und von 19:35 Uhr bis 20:32 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe - SPD - die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Haushaltsberatung folgen die Abstimmungen. Zunächst lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Haushaltspositionen abstimmen, zu denen von den Fraktionen Einzelabstimmungen gewünscht wurden.

#### **Anträge der CDU-Fraktion zum Verwaltungshaushalt:**

**Hst. 1130/5790      Stadt ohne Auto**  
**- 17.895,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der CDU, MBL, BfM und FDP gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 1130/6550      Gutachten Lisa 21**  
**- 10.226,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, BfM, FDP und MBL gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst.4640/5300            Kindergarten Michelbach, Cappel, Bauerbach**  
**+ 46.500,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, BfM, FDP und MBL gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 7910/5750            City-Management**  
**+ 100.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, BfM, FDP und MBL gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Anträge der CDU-Fraktion zum Vermögenshaushalt:**

**Hst. 5810/9660            Renaturierung Lahnuferparkplätze**  
**- 23.500,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, BfM, FDP und MBL gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 6600/9700            Planung Marbachtunnel**  
**+ 250.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, BfM, FDP und MBL gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 7610/9879            Fenster/Lüftung - Vereinsgemeinschaft Ockershausen**  
**+ 15.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, PDS, FDP, BfM und MBL gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Der Stadtverordnete Schüren - SPD - stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Auf die Einzelabstimmung zu den Anträgen der SPD/Bündnis 90-Fraktionen

Hst. 4680/7000 „Zuschüsse“

Hst. 7910/5710 „Wirtschaftsförderung“

Hst. 7910/5750 „City-Management“

soll verzichtet werden.

Dagegen spricht der Stadtverordnete Rehlich - CDU -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Nein-Stimmen aus CDU und PDS und Enthaltungen der Fraktionen FDP, MBL und BfM folgenden Beschluss:

**Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen.**

**Anträge der PDS-Fraktion zum Verwaltungshaushalt:**

**Hst. 0201/7091            Internationaler Hilfsfonds**  
**+ 25.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst.0201                    Zuwendungen für Zwangsarbeit**  
**+ 50.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 0250                    Konzept Bürgerbeteiligung und Woche der Bürgerbeteiligung**  
**+ 10.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 3200/7020            Verschiedene Zuschüsse**  
**+ 15.134,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 4390/7000      Zuschüsse versch. Träger  
+ 62.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 4512/7640      Ferien-Kinderbetreuung  
+ 30.500,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 4521/7640      Arbeitslosenpass  
+ 100.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 7920/7152      Lokale Nahverkehrsgesellschaft  
- 40.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Anträge der PDS zum Vermögenshaushalt**

**Hst. 2102      Zuschuss Elternverein Brüder-Grimm-Schule  
+ 10.589,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 2105      Planung Mehrzweckhalle Otto-Ubbelohde-Schule  
+ 100.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-

Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 5810/9660      Renaturierung Lahnufer**  
**+ 150.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 9000/0030      Gewerbesteuer**  
**+ 25.493.800,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Anträge der BfM/MBL-Fraktionen zum Verwaltungshaushalt:**

**Hst. 0240/570000.7    Städtische Monatszeitschrift**  
**- 58.850,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktionen BfM und MBL bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 1130/579000.8    In die Stadt ohne Auto**  
**-17.895,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus FDP, BfM und MBL sowie CDU und Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 3300/701000.1    Förderung des Konzertwesens SSO**  
**+ 767,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, PDS, BfM, FDP und MBL sowie Nein-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung einiger Stadtverordneter der CDU folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst.5810/966111.6 Renaturierung Lahnufer Parkplätze**  
**- 23.500,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, BfM, FDP und MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 6100/986000.0 NUK, Marburger Natur- und Kulturverbund**  
**+ 50.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus BfM, FDP und MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Anträge der FDP-Fraktion zum Verwaltungshaushalt:**

**Hst. 0240/570000.7 städtische Monatsschrift**  
**- 28.850,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus BfM, FDP und MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 6100/940400.3 Zusammenfassung der Planung Sanierungsgebiet Nord**  
**-Lahninsel incl. E-Kirche, Bahnhof, Kliniken**  
**+ 100.000,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus BfM, FDP und MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Hst. 4390/700000.7 Zuschüsse an verschiedene Träger - Freiwilligenagen-**  
**tur**  
**- 5.120,00 €**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus BfM, FDP und MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Abstimmung über die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge (Liste II):**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von BfM, FDP und MBL bei Enthaltung der CDU und der PDS folgenden Beschluss:

**Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge werden abgelehnt.**

**Abstimmung über die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge (Liste I):**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der BfM, FDP und MBL bei Enthaltung der PDS folgenden Beschluss:

**Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge werden angenommen.**

**Abstimmung über die Gesamtvorlage zum Haushalt:**

**Zu I.:**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der PDS, BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1993 (GVBl. 1992 I S. 533 ff.) wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2001 bis 2005 mit einem Volumen von 157.823 T€ beschlossen.**

**Zu II.:**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der PDS, BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Auf Grund der §§ 94 ff. HGO wird folgende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2002 beschlossen:**

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	147.915.000 €
in der Ausgabe auf	147.915.000 €

und im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	51.340.000 €
in der Ausgabe auf	51.340.000 €

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2002 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 28.526.598 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	-
Abteilung B	2.285.500 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

Die Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

2003	1.000.000 €
2004	1.000.000 €
2005	500.000 €

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 12.988.000 € festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 20.000.000 € festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe  
(Grundsteuer A) 280 v. H.
- b) für die Grundstücke  
(Grundsteuer B) 300 v. H.
2. Gewerbesteuer nach Gewerbeertrag 400 v. H.

## § 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar 2002 beschlossene Stellenplan.

## § 7

### Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und/oder absoluter Betrag ab
Verwaltungshaushalt	20 %	10.000 €
Vermögenshaushalt	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 letzter Halbsatz HGO Kenntnis zu geben.

## § 8

### Sperren

1. Die Haushaltsmittel des Vermögenshaushaltes – Haushaltsansätze, Haushaltsausgaberechte und Verpflichtungsermächtigungen – sind in vollem Umfange gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

2. Die Haushaltsmittel der Hst. 7910/9250 "Darlehen SCM" sind gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss.

3. Die Mittel der Hst. 1130/5790 "In die Stadt ohne Auto" sind gesperrt bis zur Vorlage eines Konzeptes.

In der Hst. 7910/5710 "Wirtschaftsförderung" sind die Mittel für das Projekt "Sesampool" gesperrt.

In der Hst. 7910/7163 "Kooperations- und Sonderprojekte" sind die Mittel für Mafex gesperrt.

Die Aufhebung der Sperren erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss.

## **§ 9**

### **Kredite vom Kapitalmarkt**

Sollte sich eine tatsächliche Netto-Neuverschuldung abzeichnen, ist der Haupt- und Finanzausschuss zu informieren. Sollte sie den Betrag von 10 Mio. € überschreiten, ist die vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

## **§ 10**

### **Stellenplan**

1. Der Beförderungstermin für das Jahr 2002 wird auf den 1. Oktober 2002 festgelegt.
2. Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

### **Zu III.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, BfM, FDP und MBL gegen die Stimmen der PDS folgenden Beschluss:

### **Der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die Allgemeine Verwal-**

zung wird auf 120,45 Beamten, 486,18 Angestellten- und 150,30 Arbeiterstellen festgesetzt.

zu 6

**Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Thematische Ergänzung zum weiter geltenden Flächennutzungsplan und vorgezogener thematischer Teil zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Windkraftnutzung -  
- Zustimmungsbeschluss sowie Bericht über die Offenlage -  
Vorlage: VO/0058/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wird nicht beantragt.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann - Bündnis 90/Die Grünen -. Auch der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS und BfM gegen die Stimmen der CDU, MBL und FDP folgenden Beschluss:

1. **Die Schreiben der Einwender mit Bedenken und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Der Einwendung unter Pkt. 1 wird zugestimmt, den Einwendungen unter Pkt. 2 - 9 wird nicht zugestimmt. Die Grundzüge der Planung sind davon nicht berührt.**
2. **Dem Entwurf sowie dem Erläuterungsbericht zur thematischen Flächennutzungsplanergänzung - Windkraftnutzung - wird zugestimmt.**

zu 7

**Bauleitplanung der Stadt Marburg  
- Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich 'Fronhof'  
Vorlage: VO/0071/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wird nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die am 26. Januar 2001 als Satzung beschlossene und am 15.03.2001 in Kraft getretene Veränderungssperre für den Bereich „Fronhof“ (Bebauungsplan-Geltungsbereich Nr. 4/4) wird gem. § 17 Baugesetzbuch (BauGB) um 1 Jahr verlängert.**

**Satzung über die Veränderungssperre für den Bereich „Fronhof“:**

## **§ 1 Zu sichernde Planung**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.11.1998 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 4/4 „Fronhof“ gefasst. Am 03.11.2000 wurde die Rahmenplanung „Fronhof“ von der Stadtverordnetenversammlung als Grundlage für weitere Planungsschritte beschlossen.

Zur Sicherung der Rahmenplanziele für das Gebiet „Fronhof“ wird die bestehende Veränderungssperre verlängert.

## **§ 2 Räumlicher Geltungsbereich**

Die Veränderungssperre bezieht sich auf den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 4/4 „Fronhof“. Der Übersichtsplan zum Bebauungsplan ist Bestandteil der Satzung.

## **§ 3 Rechtswirkung der Veränderungssperre**

- 1) In dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet dürfen:
  - Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden, und
  - erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
- 2) wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen und ein Vorhaben den Zielen der Planung entspricht, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

## **§ 4 Inkrafttreten und Außerkrafttreten der Veränderungssperre**

Die Verlängerung der Veränderungssperre tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft und endet nach Ablauf eines Jahres.

### **zu 8 Dringlichkeitsanträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

### **zu 9 Anträge der Fraktionen**

#### **zu 9.1 Antrag der SPD-Fraktion betr. Rathausillumination Vorlage: VO/0036/2002**

Der Antrag wird auf Wunsch der SPD-Fraktion bis auf weiteres vertagt.

zu **9.2**     **Antrag der MBL-Fraktion betr. Straßenzustand**  
**Vorlage: VO/0049/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Die durch Einwirkungen des ÖPNV eingetretenen Beschädigungen der Schwarzdecke der Birkenstraße werden repariert.

Aussprache wird nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen eine Stimme aus der PDS-Fraktion folgenden Beschluss:

**Die durch Einwirkungen des ÖPNV eingetretenen Beschädigungen der Schwarzdecke der Birkenstraße werden repariert.**

zu **9.3**     **Antrag der CDU-Fraktion betr. Toilettenanlage am Parkplatz B3a**  
**Vorlage: VO/0051/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wird nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, FDP, MBL und BfM sowie PDS folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

zu **9.4**     **Antrag der Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen betr. Verkehrsberuhigung am Richtsberg**  
**Vorlage: VO/0066/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wird nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt in der Straße „In der Badestube“ bauliche Maßnahmen vorzunehmen, damit der Straßenverkehr verlangsamt wird und somit eine Straßenverkehrsberuhigung greift.**

zu **9.5**     **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. 500. Geburtstag Landgraf Philipps im Jahr 2004**  
**Vorlage: VO/0082/2002**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Spies - SPD -.

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktionen wurde die Ziffer 3 des Antrages gestrichen und folgender Änderungsantrag beschlossen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und der Philipps-Universität Vorbereitungen für eine angemessene Würdigung des Landgrafen Philipp des Großmütigen aus Anlass des 500. Geburtstages im Jahre 2004 zu treffen.

Dieser Antragsformulierung sind die Fraktionen von FDP, BfM, MBL, CDU und PDS beigetreten, so dass es sich nun um einen gemeinschaftlichen Antrag aller Fraktionen handelt. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und der Philipps-Universität Vorbereitungen für eine angemessene Würdigung des Landgrafen Philipp des Großmütigen aus Anlass des 500. Geburtstages im Jahre 2004 zu treffen.**

zu 10      **Kenntnisnahmen**

zu 10.1    **1. Freigabe von Haushaltsmitteln**  
**2. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001**  
hier: HSt. 7910/9250 'Darlehen an SCM'  
Vorlage: VO/0613/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:05 Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Spies  
stellv. Vorsitzende  
der SPD-Fraktion

Rehlich  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle